

Leserbrief von Franz Sölkner, Thal, Stmk., zum Beitrag „Russische Machtdemonstration“  
Kleinen Zeitung vom 22. April 2021

## **Der Russ' ist schuld?**

Der Bericht lässt wichtige Fakten unerwähnt und gibt die einseitige Sicht der NATO-Politiker und ihrer Militärstrategen wider. Wichtig ist dabei die Ereignisse in größeren historischen Zusammenhängen zu verstehen.

Spätestens seit Peter dem Großen, also seit mehr als 300 Jahren, betreibt Russland eine imperiale Großmachtpolitik und versucht sich dabei in Ostmitteleuropa ein strategisches Vorfeld zu sichern. Auf Störungen dieser Interessen reagiert die russische Politik jeweils allergisch. Drei große Aggressionskriege aus dem Westen (Napoleon 1812 sowie 1. und 2. Weltkrieg) haben das Land teilweise bis Moskau hin verwüstet und Millionen von Toten verursacht. Die daraus erwachsenden, starken russischen Sensibilitäten bezüglich der Bedrohung seines westlichen Sicherheitskordons sind tief im kollektiven Bewusstsein des russischen Volkes verankert.

Nach dem 2. Weltkrieg gründete sich 1949 zuerst die NATO und als Gegengewicht 1955 der Warschauer Pakt. Bei der Wiedervereinigung Deutschlands 1989 versprachen deutsche und US-Politiker die Grenzen der NATO nicht nach Osten vorzuschieben. US-Außenminister Baker, sprach sogar von "not one inch". Der Fehler Gorbatschows bestand darin, nicht auf der vertraglichen Festschreibung dieser Versprechen bestanden zu haben. Mit der Auflösung der Sowjetunion 1991 löste sich der Warschauer Pakt auf, nicht aber die NATO. Sie suchte sich neue Feindbilder, zu denen auch bald wieder Russland gehörte. Anders als 1990 versprochen, bezog die NATO alle "potentiellen Pufferstaaten" von Estland bis Bulgarien in ihr Bündnis ein und stand damit im Norden direkt an der Grenze Russlands. Das von Putin in seiner Rede 2001 vor dem Deutschen Bundestag gemachte Angebot, ein gemeinsames "Haus Europa" zu gestalten, wurde ebenso wenig ernst genommen, wie seine eindringliche Warnung bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, Russland werde ein weiteres Heranrücken der NATO und eine von den USA angestrebte unipolare Weltordnung nicht akzeptieren. 2014 brachte der Versuch der EU, die Ukraine aus ihrer Brückenfunktion zu lösen und eng an ihr Wirtschaftsimperium zu binden, die russischen Alarmglocken erneut zum Schlingen und führten nach dem vom Westen mitgesteuerten Putsch in Kiew zu den bekannten Ereignissen in der Ostukraine und auf der Krim.

Mit der Aufstellung der Raketen-Abwehr-Systeme in Polen und Rumänien 2016 verschoben die USA das vorher gegeben „Gleichgewicht des Schreckens“ zu Ungunsten Russlands. Der Kreml fürchtete, im Kriegsfall ohne die Möglichkeit des Gegenschlages einem Atomraketenangriff aus dem Westen ausgeliefert zu sein. Hinzu kommt: die sowjetische und später die russische Militärdoktrin sieht ausdrücklich vor, Atomwaffen nicht als erster einzusetzen. Als der frischgebackene deutsche Außenminister Joschka Fischer 1998 von den USA dasselbe forderte, wurden im von seiner US-Amtskollegin Madelaine Albright umgehend "die Wadl viri g'richtet".

Ein 2020 geplant gewesenes großangelegtes NATO Militärmanöver konnte coronabedingt nur teilweise durchgeführt werden. Es wird in den nächsten Monaten unter dem Namen "Defender Europe 2021" weitergeführt. Wesentliches Manöverziel ist, die Tauglichkeit der Verkehrsinfrastruktur für schnelle Truppenverlegungen und Großwaffentransporte an die NATO-Ostgrenze zu testen. Das neutrale Österreich ist da leider wieder einmal als williger Gehilfe mit dabei. Mit Erlaubnis der Regierung werden demnächst 2.000 Soldaten und 800 Militärfahrzeuge auf zwei Routen durch Österreich transportiert werden. Wie derlei Transporte zur Klimastrategie der Regierung passen, mögen friedensbewegte Menschen sich vom grünen Koalitionspartner erklären lassen.

Zusammengefasst: Das Spiel ist altbekannt. Man hält riesige militärische Bedrohungspotentiale aufrecht, die Militär- und Rüstungsausgaben allein der USA liegen bei einem 10-fachen über jenen Russlands, Russland ist von zahlreiche USA-Militärbasen eingekreist und man provoziert machtpolitisch häufig auf einem niederen oder mittleren Niveau. Und wenn die Provozierten dann mit harschen militärischen Drohgebärden reagieren, setzt man die Unschuldsmiene auf und schreit laut "Stoppt den Aggressor!". Die Europäische Öffentlichkeit sollte da nicht länger mitspielen. Gewiss: Putin und seine Systemträger sind keine Waisenknaben. Trotzdem führt an dem seinerzeit von Willy Brands Ostpolitik vorgezeichnet Weg der unermüdlichen Entspannungsbemühungen und einem ernsthaften Abrüstungs- und Friedensdialog kein sinnvoller Weg vorbei. Zu glauben, dass westliche Europa soll sich dauerhaft in transatlantischer Treue gegen seinen mächtigen östlichen Nachbarn instrumentalisieren lassen, ist nicht mehr und nicht weniger als eine friedenspolitische Dummheit. Österreichs "immerwährende Neutralität" wurde in den letzten 30 Jahren durch viele kurzsichtige Einzelentscheidungen salamitaktikartig ausgehöhlt. Aber noch gibt es sie – und laut Umfrage wünschen sich 79 % der Bevölkerung weiterhin die Neutralität statt den Eintritt in ein EU-Sicherheitssystem<sup>1)</sup>. Im Sinne ihrer Glaubwürdigkeit ist von unserer Regierung zu fordern, die Erlaubnis für die geplanten NATO-Militärtransporte zu widerrufen. Und dann - durchaus auch in der Tradition der Außenpolitik Bruno Kreiskys - möge unser Land einen großen innereuropäischen Friedensdialog mit Russland anbahnen.

In den 1. Weltkrieg ist Europa teilweise durch eine kurzsichtige Politik und dumme hegemoniale Muskelspiele hineingestolpert. Bei diesem schrecklichen Irrweg war Österreich vorneweg mit dabei. Wir sollten wieder mit dabei sei, nur diesmal in die umgekehrte Richtung zum Frieden!

Franz Sölkner, Thal

1) *Lt. Market Umfrage vom Oktober 2019*

<https://www.derstandard.at/story/200011210228/oesterreicher-schaetzen-neutralitaet-immer-hoeherein>